

Briefe:

Auf diesen Seiten, liebe Leserinnen und Abonnenten, werden Ihre Meinungen zu erfreulichen, ärgerlichen oder aufwühlenden Themen und Erlebnissen im täglichen Leben publiziert sowie Ihre Ansichten zu lokalen wie globalen Ereignissen. Und freilich sind auch Ihre Reaktionen auf redaktionelle Artikel und Kolumnen hoch willkommen, die in unserer kleinen Winterthurer Text-Woche erschienen sind. Die Mitglieder der Redaktion allerdings redigieren und kürzen gegebenenfalls die eingesandten Briefe dem Sinn nach und gemäss dem geltenden Medienrecht. Senden Sie Ihre Beiträge bitte an die Redaktion des «Stadtblatts», Garnmarkt 1, Postfach 2411, 8401 Winterthur oder übermitteln Sie die per Fax: 052 212 75 07 oder per E-Mail: redaktion@stadtblatt.ch.

Mehr Aufgaben und weniger Geld.

Nun ist die Katze also aus dem Sack. Gemäss verschiedenster Medienberichte stehen bei der Stadtpolizei Winterthur gröbere Abbaupläne beziehungsweise Sparmassnahmen bevor. Unter anderem soll der Verkehrsdienst vollständig aufgelöst und privatisiert werden. Ob nun mit oder ohne Entlassungen lassen nur schon diese Szenarien bei mir die Alarmglocken läuten. Dass auch die Stadtpolizei Winterthur im Rampenlicht von Sparmassnahmen steht, überrascht nicht wirklich. Solche Übungen führen in der gesamten Polizeilandschaft der Schweiz in regelmässigen Abständen immer wieder zu denselben Diskussionen. Interessant ist in diesem Zusammenhang aber, dass solche Sparübungen praktisch ausnahmslos durch die jeweiligen Exekutivbehörden initiiert werden. Es ist ja nicht so, dass die Budgets bei der Stadtpolizei Winterthur in den letzten sechs Jahren unaufhaltsam und explosionsartig gestiegen wären. Nein, ganz im Gegenteil. Trotz stetig gesetzlich wachsender Aufgaben musste sich auch die Stadtpolizei während der letzten Jahre einschneidenden Spar- und Abbauszenarien unterwerfen. Es wurde reorganisiert, ausgelagert, abgebaut und privatisiert, wo auch immer es nur möglich war. Der Teufel liegt aber wie so oft im

Detail. Vor allem die gesetzgebende Politik in Bund und Kanton hat in den letzten Jahren auch der Stadtpolizei Winterthur stets neue Aufgaben übertragen, deren Konsequenz kaum jemand wahrgenommen hat. Das Polizeiorganisations-Gesetz (POG), das Gewaltschutz-Gesetz (GSG), das kommende Gesundheits-Gesetz (GG) sowie das in der ersten Lesung stehende Polizei-Gesetz (PG) sind nur einige Beispiele, die aufzeigen, wie überdurchschnittlich viele personelle, materielle und logistische Sachzwänge mit solchen Gesetzen ausgelöst werden. Im Weiteren wird die Polizei in steigendem Masse auch zum eigentlichen Katalysator unserer Gesellschaft. Je mehr der Staat der Bevölkerung suggeriert, deren Selbstverantwortung übernehmen zu können, umso mehr wird die Polizei mit den Auswüchsen dieser falsch verstandenen Entlastungen konfrontiert. Gewalt an den Schulen, Jugendgewalt und Jugendkriminalität, Rasereien auf unseren Strassen, Gewalt innerhalb der Familien, Alkohol- und Suchtprobleme, sexuelle Übergriffe, Eskalationen in Sportstadien et cetera sind nur einige Beispiele der entgleitenden gesellschaftlichen Normen, welche die Polizei nebst ihren Kernaufgaben in wachsendem Masse zu bewältigen hat. Von der rol-

lenden Übernahme des internationalen Rechts sei hier einmal Umgang genommen, weil deren Erläuterung diesen Rahmen sprengen würde. Dass man von Zeit zu Zeit die Strukturen innerhalb einer Organisation überdenkt, ist löblich und sogar notwendig. Aber in der heutigen Zeit das Heil in uferlosen Sparmassnahmen zu suchen, ist ein unglaublich risikoreiches Unterfangen, dessen Verantwortung zu tragen wohl kaum jemand übernehmen wird. Zudem gehört ja bekanntlich die objektive und subjektive Sicherheit zu den tragenden Faktoren eines prosperierenden Wirtschafts- und Gewerbestandorts. Und zu guter Letzt sei auch erwähnt, dass die Polizei nicht nur eine unnahbare Institution ist. Der vielseitige, psychisch wie physisch fordernde Beruf wird nämlich nicht von Maschinen, sondern von Menschen ausgeführt. Es sind Frauen und Männer aus unserer Gesellschaft, die sich rund um die Uhr den nicht ungefährlichen Herausforderungen des täglichen Lebens stellen. Dass diese durch die faktisch beschlossenen Sparübungen noch mehr belastet werden sollen, scheint in der gesamten Diskussion niemand wahrhaben zu wollen.

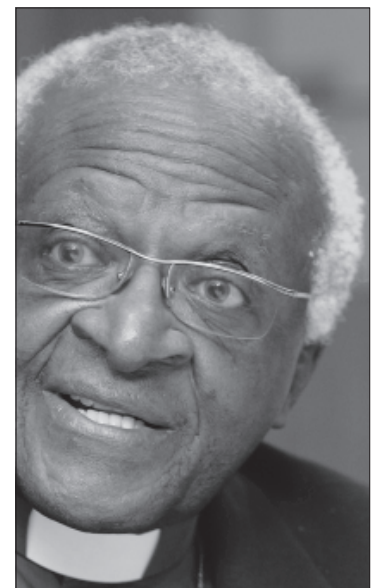
René Isler, Kantons- und Gemeinderat SVP, Winterthur.

Desmond Tutu relativiert das Bild.

Der südafrikanische Erzbischof Desmond Tutu feiert dieser Tage seinen 75. Geburtstag. Er bleibt nicht nur den Mächtigen Südafrikas ein Dorn im Auge. Auch den Regierenden im Norden, die überall auf der Welt mit «Friedenstruppen, humanitären militärischen Interventionen, Friedensdiplomatie» und so weiter aktiv sind, stört er die Geschäfte. Desmond Tutu erinnerte nämlich kürzlich daran, dass der grösste Teil der militärischen Güter weltweit von fünf Staaten hergestellt würde, nämlich von Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Russland und von den USA. Und diese mit immensen Profiten in Ländern in Afrika, Asien, im Nahen und Mittleren Osten und Lateinamerika

weiterverkauft werden. In diesen Ländern stehe zu wenig Geld für die Bekämpfung der Armut, von Aids und für Bildung zur Verfügung. Desmond Tutu stellt damit das Bild in Frage, dass uns täglich von den Medien präsentiert wird, dass vor allem islamistische Extremisten und Staaten Gewalt säen und die Menschen terrorisieren würden. Die USA, Russland, Grossbritannien, Frankreich und Deutschland bestritten im Jahr 2005 ganze 82 Prozent der weltweiten Waffenexporte. Siehe auch «Arms without Borders», von Amnesty International, Iansa, Oxfam International, www.controlarms.org.

Heinrich Frei, Zürich.



Treten Sie zurück, Herr Blocher.

Wie in einer Internetmeldung von Mitte September sowie in der Westschweizer Sonntagszeitung «Matin dimanche» verbreitet wurde, hat sich Bundesrat Christoph Blocher an einer Sitzung der Staatsappolitischen Kommission in diesem Sinne geäußert: Afrikaner seien faul und Investitionen auf dem afrikanischen Kontinent seien der Mühe nicht wert. Erstaunt über diese Aussagen von Christoph Blocher darf man nicht sein. Erinnern wir uns: Während der faschistischen Apartheidspolitik, die in Südafrika betrieben wurde, war der heutige SVP-Bundesrat ein vehementer Befürworter dieser unmenschlichen Machenschaften. Mit solchen Aussagen seinerseits musste man rechnen. Aber ist er als Mitglied der Landesregierung noch tragbar? Vor kurzem

machte er die informellen, nicht haltbaren Aussagen zum Antirassismogesetz und wenig später fügt er rassistische Äusserungen hinzu. Wenn Bundesrat Blocher meint, die Afrikaner seien an ihrer Situation selber schuld, dann fälscht er bewusst die Geschichte. Ausgebeutet wurde der Kontinent Afrika während der Kolonialzeit von den Kolonialmächten England, Frankreich, Belgien und Deutschland. Jetzt werden die vorhandenen Ressourcen von den westlichen kapitalistischen Industrienationen ausgebeutet, sicher auch mit Hilfe von korrupten afrikanischen Regierungen. Aber: Viele fortschrittliche Regierungen auf dem afrikanischen Kontinent, welche ihre Länder eigenständig entwickeln wollten, wurden mit Hilfe von westlichen Geheimdiensten

gestürzt, und die führenden Regierungsmitglieder wurden ermordet, wie zum Beispiel Lumumba im Kongo. Die Aussagen von Christoph Blocher sind ein Schlag ins Gesicht aller afrikanischen Bauern, welche versuchen, aus den zum Teil kargen Landschaften das Beste herauszuholen. Ich denke daran, was uns Afrikanerinnen und Afrikaner anlässlich unseres längeren Aufenthalts in Burkina Faso dieses Jahr gesagt haben: «Wir würden gerne arbeiten, wenn wir nur Arbeit hätten gebt uns Arbeit.» Ich bin der Meinung, das Mass sei nach diesen Ereignissen nun voll, Herr Blocher. Treten Sie zurück, denn Sie sind für viele Menschen in der Schweiz als Bundesrat nicht mehr tragbar.

Peter Schöchlin, Winterthur.

Milliardenschwerer Blumenstrauß.



Intermezzo.

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Imperiums zu Beginn der Neunzigerjahre bestand in der Schweiz Konsens: Den Ländern, die jahrzehntelang gegen ihren Willen kommunistischen Diktaturen ausgesetzt und aufs Schwerste getroffen waren, sollte international geholfen werden.

Auch die Schweiz legte damals den Grundstein zu einem langfristigen Programm der Osthilfe. Ab Mitte der Neunzigerjahre zeichnete sich dabei ab, dass verschiedene Länder des ehemaligen Ostblocks in absehbarer Zeit in die EU aufgenommen würden. Diese Beitrittskandidaten profitierten in den Folgejahren in besonderem Ausmass von Osthilfe-Programmen sowohl Brüssels als

auch mehrerer EU-Staaten. Die Schweiz sah sich angesichts dieser Entwicklung dazu veranlasst, die Schwerpunkte ihrer Osthilfe weiter nach Osten zu verlegen. In Länder, die in absehbarer Zeit kaum vom EU-Binnenmarkt profitieren würden, die also von den aus EU-Kassen in den Osten fliessenden Geldströmen weitgehend ausgeschlossen blieben. Damit wurde die Schweiz auch ihrem vor Jahrzehnten formulierten Grundsatz gerecht, Entwicklungshilfe in erster Linie den Ärmsten der Armen zukommen zu lassen.

Das soll nun offenbar anders werden. Die Schweiz will sich, ohne dass dafür eine Rechtsgrundlage besteht, in den Mechanismus der EU-Kohäsionszahlungen einbinden lassen. Die ursprünglichen schweizerischen Ziele der Osthilfe werden durch diese massiv beeinträchtigt. Von EU-Kohäsionszahlungen ausgeschlossene, also ohnehin benachteiligte Ostländer werden künftig auch von der Schweiz zunehmend stiefmütterlich behandelt. So wird beispielsweise vom Bundesrat festgehalten, Russland könne nicht mehr als «hilfsbedürftiges Entwicklungsland» bezeichnet werden. Will Bern damit etwa sagen, die künftig an-

stelle von Russland begünstigten EU-Ostmitglieder seien Entwicklungsländer? Sind Länder wie Polen, Tschechien, Ungarn neuerdings als hilfsbedürftige Entwicklungsländer einzustufen, während solches für die Ukraine, Belarus, Russland oder die Kaukasus-Staaten nicht gelten soll? Sind diese EU-Ostländer mit ihrer doch aggressiven Politik der Abwerbung von Produktions-Arbeitsplätzen aus Westeuropa etwa hilfsbedürftige Länder? Haben wir deren Steuerpolitik zu subventionieren, welche so Firmen anlockt und deshalb für manches westeuropäische Land bedrohlich ist?

Bereits liegen Forderungen von weiteren 350 Millionen Franken von Bulgarien und Rumänien auf dem Tisch. Abgesehen davon, dass der Bundesrat die Antwort schuldig bleibt, wo er die Milliarde (mittlerweile ja leider nur noch 60 Prozent davon) kompensieren möchte, wird es nie und nimmer bei der einen Milliarde bleiben, und das Volk hätte nichts mehr dazu zu sagen. Darum sage ich Nein zu diesem bundesrätlichen milliardenschweren Blumenstrauß für die EU.

Natalie Rickli, SVP-Gemeinderätin.

ge
or
ge

GRÜZENSTRASSE 45 · CH-8400 WINTERTHUR
T +41 (0)52 238 10 90. F +41 (0)52 238 10 91.